IMT Nuremberg Archives

H – 1925

International Court of Justice

H1925 – 0001

H1925 – 0002

Nürnberg, den 12. Juni 1946

B e s t ä t i g u n g

Ich bestätige, dass der anliegende Auszug aus der mir von der Staatsanwaltschaft überlassenen Fotokopie des Originals

des Berichts von Papen's an Adolf Hitler vom 12. Mai 1936

richtig abgeschrieben ist.

Die Fotokopie liegt bei.

Dr. Kubuschok

(Dr. Kubuschok)

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUERNBERG, GERMANY
VP Exhibit 70
Filed June 18 1946

H1925 – 0003

DER AUSSERORDENTLICHE GESANDTE
UND BEVOLLMÄCHTIGTE MINISTER
DES DEUTSCHEN REICHES
IN BESONDERER MISSION

Nr. A.2544.

WIEN, den 12. Mai 1936.

Vertraulich!

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Inhalt:
Maikundgebung des Freiheitsbundes.
(Drei Durchschläge für Ausw.Amt.)

Über den Sonntagsaufmarsch des Freiheitsbundes erhalte ich nach Rückkehr hierher anliegenden interessanten Bericht.

Aus ihm geht hervor, dass die Heimwehr trotz aller Anstrengungen das Zustandekommen der Arbeiterdemonstration nicht hindern konnte. Die Zurufe der Demonstranten zeigen ganz klar, dass die Heimwehr im Freiheitsbunde verkappte Nationalsozialisten vermutet, d.h. Leute, die sich mit Deutschland aussöhnen wollen.

Das anliegende " Neuigkeitsweltblatt " spricht in seinem Bericht ganz offen über die starken inneren Spannungen, die vorgestern zutage getreten sind: die Möglichkeit eines Risses im eigenen Lager, der die Konsolidierung im Lande hemmen könne. Man möchte den Riss Provokateuren in die Schuhe schieben, weiss aber doch ganz genau, dass es sich um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten handelt.

Fest steht, daß von heute an die Arbeiterbewegung

An den
Führer und Reichskanzler,
Berlin,
durch Kurier.

./.

H1925 -0004

durch die Teilnahme Schuschniggs als legalisierte Bewegung anerkannt ist, in der in Zukunft Bundesheer und Polizei einen Bundesgenossen gegen die allen Dreien verhasste Heimwehr sehen werden.

Interessant ist folgender Vorfall: Der tschechische Legationssekretär D o h a l s k y hat Herrn S t a u d (Führer des Freiheitsbundes) das Angebot gemacht, dem Freiheitsbunde jede beliebige Summe seitens der tschechischen Regierung zur Verfügung zu stellen, die er zur Stärkung im Kampfe gegen die Heimwehr benötigen würde. Einzige Bedingung sei, dass der Freiheitsbund eine garantiert gegen Deutschland gerichtete Stellung einnehmen müsse. Herr Staud hat dieses Ansinnen glatt abgelehnt. Es zeigt sich darin, wie man auch im gegnerischen Lager bereits die neue Kräftegruppierung beurteilt.

Daraus ergibt sich für uns ferner die Notwendigkeit, diese Bewegung , wie bisher, finanziell zu unterstützen und zwar im Wesentlichen mit Bezug auf die Weiterführung ihres Kampfes gegen das Judentum. Ich halte für erforderlich einen Betrag von etwa 100.000.-- RM, der fallweise in Schillingen zur Verfügung zu stellen wäre und bitte um eine dahingehende Bewilligung.

Unser Verhältnis zum Freiheitsbunde, insbesondere zu seinem Führer Staud, ist bereits so intim, dass ich gefragt worden bin, welche Persönlichkeiten bei einer Einfügung von Ministern aus der nationalen Opposition in das Kabinett seitens der deutschen Regierung gewünscht würden.

./.

1-54

H1925 - 0005

Die Starhemberg'sche Erklärung (Neues Wiener Journal vom 9.5.36 nach der er zum Kreuzzuge gegen Bolschewismus und zur Bildung einer Einheitsfront von Norden nach Süden aufruft, hat in der Auslandspresse beträchtliche Beachtung gefunden. Von hiesiger englischer Seite wird alles versucht, um den Einfluss Starhembergs und seine intime Zusammenarbeit mit Italien zu mindern. Es dürfte feststehen, daß im Foreign Office ein mögliches Heranrücken Starhembergs an die deutsche Regierung mit starker Skepsis betrachtet werden würde.

Meine Besprechung mit dem Bundeskanzler wird voraussichtlich noch morgen stattfinden.

Papen

H1925 – 0006

Maikundgebung des Freiheitsbundes am 10. Mai 1936.

Wie bereits berichtet, wurde das am Freitag zur Austeilung gelangte Flugblatt des Freiheitsbundes von der Polizei formal beschlagnahmt. Diese Beschlagnahme ging weniger auf den Protest der Judenschaft zurück als vielmehr auf einen Protest vonseiten Starhembergs wegen des auf dem Titelblatt dargestellten Hahnes, der den Heimatschutz symbolisch darstellte. Von 250 000 Exemplaren wurden nur 300 Stück beschlagnahmt. Am Samstag abend wurde Staud (der Führer der christlich-sozialen Arbeiterschaft und des Freiheitsbundes) um 6.30 Uhr zu Schuschnigg berufen. Dieser erklärte Staud, er könne wegen des obenerwähnten Flugblattes (Mitteilungsblattes des Freiheitsbundes) sein Versprechen der Teilnahme an der Maikundgebung nunmehr nicht aufrechterhalten. Staud erklärte dem Bundeskanzler , dass es jetzt zu spät sei, um die Massen vor einer Enttäuschung durch das Fernbleiben des Bundeskanzlers zu bewahren. Er sei daher gezwungen, die Maikundgebung auch ohne den Bundeskanzler durchzuführen. Dasber die Spannung zwischen Freiheitsbund und Heimwehr auf das Äusserste gestiegen sei, müsse der Freiheitsbund mit offenen Konflikten rechnen, und, um diesen zu begegnen, aus Sicherheitsgründen 20 000 bewaffnete Freiheitsbündler mit scharfer Munition versehen. Der Freiheitsbund habe eine gewaltsame Lösung des Konfliktes mit der Heimwehr nicht erstrebt, aber er brauche ihn auch nicht zu fürchten. Er müsse aber loyaler Weise ganz offen der Befürchtung Ausdruck verleihen, dass nach erfolgter Lösung des Konfliktes mit bewaffneter Hand die Massen des Freiheitsbundes wohl kaum ein weiteres Verbleiben

./.

1-St.

H1925 - 0007

Schuschniggs im Kabinett verstehen würden. Im weiteren Verlaufe der Unterhaltung nahm Schuschnigg seine eingangs gemachte Erklärung zurück und sagte von Neuem sein Erscheinen bei der Kundgebung zu. Allerdings wurde sein Erscheinen von einigen Bedingungen abhängig gemacht, die Staud aus nachher noch darzustellenden Gründen nicht ablehnen konnte. Diese Bedingungen waren:

1.) Untersuchung und etwaige Maßregelung der bei der Redigierung des Flugblattes und wegen der Verhöhnung des Heimatschutzes verantwortlichen Personen (hieraus haben sich keine Konsequenzen ergeben, vielmehr wurde diese Angelegenheit österreichisch, d.h. ohne jemanden wehzutun, geregelt.)

2.) Nichtmitnahme von Waffen, mit Ausnahme einer bewaffneten Kompagnie Freiheitsbund.

Während noch die Unterhaltung im ganze war, wurde der Bundeskanzler plötzlich von Major F e y angerufen, der ihm dringend abriet, an der Kundgebung teilzunehmen, da die Heimwehr mit Gewalt gegen den Freiheitsbund vorgehen würde. Daraus ergab sich eine erneute längere Unterhaltung über die Frage, ob der Bundeskanzler nun komme oder nicht. Diese Unterhaltung zeigte Schuschnigg nicht im besten Lichte, da er nämlich dauernd zwischen Ja und Nein und zwischen Wut und Angst hin und her schwankte. Er entschied sich dann doch für Wut und Ja.

Besonders bemerkenswert ist für den Verlauf der Heimkundgebung noch Folgendes:

Zu Beginn des Festzuges erschien ein Motorrad mit Beiwagen, in welchem zwei Heimwehroffiziere, darunter ein höherer, Major F i t z n e r , sich befanden, welches vor die Spitze des Zuges fuhr, wobei die Insassen " Heil Starhemberg " riefen. An

./.

1-5)

H1925 - 0008

der Ecke Babenbergerstrasse und Ring kam es zu mehreren Zwischenfällen. Eine Gruppe von Heimwehrleuten, teils in Uniform, teils in Zivil, versuchte den Zug zu stören und rief dauernd " Heil Starhemberg ", " Nazibanditen ","Nieder mit der Regierung ", " Pfui Schuschnigg ", " Getarnte Nazihunde," " Schwarze Marxisten ".

Im zweiten Stock des Hauses Ecke Ring und Babenbergerstrasse erschien auf dem Balkon plötzlich Major F e y . Bei dem weiteren Verlaufe des Zuges kam es an verschiedenen Stellen zu Schlägerein, bei denen mehrere Personen größtenteils leicht, in einigen Fällen aber sehr schwer verletzt wurden. Besonders erwähnt werden muss die Tatsache, dass der Bundeskanzler Schuschnigg plötzlich ganz unprogrammäßig und unvorhergesehen die Festtribüne verliess und sich in den Festzug stellte, um in demselben mitzumarschieren.

Bei den Konzessionen, welche Staud dem Bundeskanzler gegenüber gemacht hat, waren folgende Gedankengänge maßgebend:

Die Teilnahme Schuschniggs an der Maikundgebung bedeutet für den Freiheitsbund eine Legalisierung. Legalisiert ist damit die nationale Einstellung des Freiheitsbundes, der Kampf gegen das Judentum und der Kampf gegen die Heimwehr. Durch den weiteren Verlauf der Kundgebung ist darüber hinaus erreicht worden, dass die offiziellen Organe des Staates (Bundesarmee und Polizei) im Freiheitsbunde eine legale Stütze des Staates erblicken und in der Heimwehr den Bedroher der Ordnung und des Staates. Dieses umsomehr als die Provokationen der Heimwehr die Polizei veranlasst haben, 114 Mitglieder des Heimatschutzes zu verhaften.

./.

1-58

H1925 - 0009

Es verdient noch hervorgehoben zu werden, dass die Nationalsozialisten sich anweisungsgemäß ausserordentlich geschickt und vernünftig verhalten haben. Durch die technisch und organisatorisch glänzend und unter äusserst günstigen politischen Voraussetzungen durchgeführte Maikundgebung des Freiheitsbundes hat dieser sein Prestige ganz gewaltig vergrössert.

2830 PS

v.Papen Dok. 70

= G.B. Exh. 243

164

Auszug aus:

Brief von Papen's an Adolf Hitler vom 12.Mai 1936.

Abschrift

Der außerordentliche Gesandte
und bevollmächtigte Minister
des Deutschen Reiches
in besonderer Mission.

Wien, den 12.Mai 1936.

Nr. A 2544.

V e r t r a u l i c h !

Inhalt: Maikundgebung des Freiheitsbundes.
(Drei Durchschläge für Ausw.Amt.)

. . . .

Interessant ist folgender Vorfall: Der tschechische Legationssekretär D o h a l s k y hat Herrn S t a u d (Führer des Freiheitsbundes) das Angebot gemacht, dem Freiheitsbunde jede beliebige Summe seitens der tschechischen Regierung zur Verfügung zu stellen, die er zur Stärkung im Kampfe gegen die Heimwehr benötigen würde. Einzige Bedingung sei, daß der Freiheitsbund eine garantiert gegen Deutschland gerichtete Stellung einnehmen müsse. Herr Staud hat dieses Ansinnen glatt abgelehnt. Es zeigt sich darin wie man auch im gegnerischen Lager bereits die neue Kräftegruppierung beurteilt.

Daraus ergibt sich für uns ferner die Notwendigkeit, diese Bewegung, wie bisher, finanziell zu unterstütze und zwar im Wesentlichen mit Bezug auf die Weiterführung ihres Kampfes gegen das Judentum. Ich halte für erforderlich, einen Betrag von 100.000.-- RM, der fal weise in Schillingen zur Verfügung zu stellen wäre, und bitte um eine dahingehende Bewilligung.

Unser Verhältnis zum Freiheitsbunde, insbesondere zu seinem Führer Staud, ist bereits so intim, daß ich ge fragt worden bin, welche Persönlichkeiten bei einer E fügung von Ministern aus der nationalen Opposition in das Kabinett seitens der deutschen Regierung gewünsch würden. . . . .

gez. Papen

An den
Führer und Reichskanzler,
B e r l i n
durch Kurier.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
vP Exhibit 70
Filed June-18-46

H-1925

V. PAPEN EXH. 70

Filed June 18, 1946

V. P A P E N DOK. NR. 70

H1925 – 0011

V. PAPEN EXHIBIT 70